Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stv. Vorsitzender des Petitionsausschusses
Mitglied im Haushaltsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

Hagemann befürwortet Lkw-Maut auf B 9

MdB Hagemann nimmt Stellung zur Debatte um die Verkehrsentwicklung auf der B 9

Worms-Alzey-Oppenheim, 13. Januar 2005

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Hagemann befürwortet in der Diskussion um das Ausweichen des Lkw-Verkehrs von Bundesautobahnen auf Bundesstraßen die Einführung einer Lkw-Mautgebühr auch auf Bundesstraßen, sollten diese zunehmend als Umgehungsstraßen für die Maut genutzt werden. Der Abgeordnete hat dabei insbesondere die gegenwärtige Situation auf der B 9 zwischen Worms und Mainz im Blick. Bei Veranstaltungen in Oppenheim und Dienheim hatten sich Bürger verstärkt an Hagemann gewendet und über eine erhöhte Verkehrsbelastung seit der Mauteinführung zu Jahresbeginn geklagt.

Hagemann wird die Problematik auf der derzeit stattfindenden Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion in Leipzig thematisieren und mit seinen Fraktionskollegen diskutieren. Dabei will er klären, ob das Ausweichen des Schwerlastverkehrs auf Bundesstraßen auch in anderen Kreisen im Bundesgebiet zugenommen hat und somit ein systematisches Vorgehen der Spediteure erkennbar werde. Sollte dies der Fall sein und die Speditionen nicht gewillt, ihre Taktik zu ändern, sieht Hagemann dringenden Handlungsbedarf.

Die Erhebung einer Lkw-Mautgebühr auf Bundesstraßen sei im gültigen Gesetz bereits als Möglichkeit vorgesehen. Hagemann warnte aber vor übereilten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Situation auf der B 9. „Die aktuelle Verkehrsentwicklung auf der B 9 lässt sich erst nach einer zu begrenzenden Phase der Beobachtung realistisch bewerten", betonte der SPD-Parlamentarier. Danach hält er aber die Einführung einer Mautgebühr auf der B 9 für möglich und für nötig, sollte sich beweisen lassen, dass der Lkw-Verkehr tatsächlich verstärkt auf die B 9 ausweiche. Ein alleiniges Nachtfahrverbot, so wie es derzeit im Bereich Oppenheim gilt, reiche aber nicht aus, um eine

solche Situation in den Griff zu bekommen. Nur eine auf Bundesstraßen erweiterte Mautgebühr für den Lkw-Verkehr stelle sicher, dass diese Straßen in Zukunft nicht mehr als Schlupflöcher zur Umgehung der Gebühr genutzt werden würden, erklärte Hagemann. Neben der stark erhöhten Abgas- und Lärmbelastung der Anwohner steige durch eine solche Umgehungs-Praxis auch die Unfallgefahr auf den Bundesstraßen und in den Ortsdurchfahrten.